

Marzahn- Hellersdorf **links**

DIE LINKE. Bezirksverband Marzahn-Hellersdorf • Informationsblatt

Diese Ausgabe ist umfangreicher als sonst üblich.

Uns erreichten so viele Zuschriften, dass wir aus der Not eine Tugend gemacht und 12 statt 8 Seiten gefüllt haben.

Die Redaktion

„Einer trage des anderen Last“ - unter diesem Motto lädt sich Petra Pau (MdB) von Zeit zu Zeit interessante Gesprächspartner ein. Jüngst begrüßte sie Peter Sodann im Kulturforum Hellersdorf. Lesen Sie, was Besucherinnen notierten. Seite 3

Die Seite der Linksjugend Marzahn-Hellersdorf - die 15. in Folge - mit den Themen: Ausstellung zerstört - absurder SchülerInnenstreik / Kindergärten und Sekt / Kontaktmöglichkeiten für Interessierte und Tipps Seite 11

Zum Jahresausklang

Marzahn-Hellersdorf ist ein Metropolenraum im Wandel

Gleich wenn das neue Jahr startet, werden wir in Marzahn-Hellersdorf am 5. Januar 2009 den 30. Geburtstag des Bezirkes feiern. Als vor 30 Jahren die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung von Berlin die Gründung des Bezirkes Marzahn beschlossen, waren schon die ersten Häuser aus dem Boden gewachsen, die erste Kinderkombination, die erste Schule und die erste Kaufhalle hatten den Betrieb aufgenommen. Heute leben in Marzahn-Hellersdorf, das wieder in den Gründungsgrenzen besteht, 246.000 Bürgerinnen und Bürger. Das Durchschnittsalter ist auf 41 Jahre geklettert und wir haben vor 2 Jahren den Platz als jüngster Bezirk verloren und sind inzwischen auf den 3. Platz gerutscht. In den 30 Jahren hat der Bezirk einen rasanten Wandel vollzogen.

Marzahn-Hellersdorf ist ein Ort zum Wohnen und gleichermaßen ist der Bezirk ein Ort der Wirtschaft, der Arbeit, der Bildung und der Qualifizierung. Ein Blick in die Geschichte des Bezirkes zeigt, insbesondere seit 1990, dass der Schwerpunkt auf die Entwicklung der Großsiedlungen als grüne Stadt am Stadtrand mit sozialer Stabilität gelegt wurde. Dies schloss die Weiterentwicklung der städtebaulichen Qualitäten

und des Wohnungsstandards ein. Die Weiterentwicklung der Großsiedlungen schloss



vielfältige sozialpolitische Anstrengungen ein, um der sozialen Entmischung und Destabilisierung durch Sozialmanagement und nachfragegerechte Angebote der Gemeinwesenarbeit entgegenwirken. Das ging mit der

Schaffung bzw. dem Erhalt von Arbeitsplätzen einher. Allerdings zeigt sich auch, dass Kommunalpolitik nicht im luftleeren Raum stattfindet, sondern die gesellschaftlichen Verhältnisse des Landes auch die Verhältnisse in unserem Alltag prägen. Arbeitslosigkeit, soziale Differenzierung, Kinderarmut waren vor 1990 für viele, die hier lebten, Begriffe aus längst vergangenen Zeiten oder Parteilehrjahr und Gewerkschaftsschulung, sie gehören heute zu unserer Lebenswirklichkeit und fordern auch die Kommunalpolitik in besonderer Weise heraus.

Das ist nicht allein die Angelegenheit der gewählten Vertreterinnen und Vertreter in BVV und Bezirksamt, sondern aller Bürgerinnen und Bürger, die hier leben. Deshalb hoffe ich, dass wir unseren Bezirk zu seinem 30. Geburtstag nicht nur feiern, sondern ihn auch gemeinsam gestalten und verändern.

Dagmar Pohle
Bezirksbürgermeisterin

Was gibt's noch?

Seite 3:
Einer trage des anderen Last
Seite 4:
Kommunal- und Landespolitisches
Seite 6:
Post an uns und Reaktionen darauf
Seite 7:
Frühstücken mit Gregor
Seite 8:
Politische Bildung
Seite 10:
Aufrufe zum Mitmachen
Seite 11:
Jugendseite
Seite 12:
Tipps und Termine

DIE LINKE.

Im Gespräch mit Petra Pau (MdB): **Hinfallen und weiterkämpfen**

Du hast den Bundestag aus drei Sichten kennen gelernt, als Neuling in einer PDS-Fraktion, mit Gesine Löttsch als Einzelkämpferin und nun sogar als Vizepräsidentin des Bundestages. Was unterscheidet die Perspektiven?

Meine erste Wahl 1998 gegen Konkurrenten wie Wolfgang Thierse (SPD) war eine Überraschung. Die Zeit allein mit Gesine Löttsch 2002 bis 2005 haben wir am Rande der Überforderung, aber trotzdem wohl souverän gemeistert. Die Erfahrung mit der Fraktion DIE LINKE ist noch einmal etwas völlig Neues.

Inwiefern?

Was ich in Wahlkämpfen versprochen hatte, dafür habe ich politisch stets gekämpft. Aber im Bundestag war das zumeist folgenlos. Das hat sich mit der Fraktion DIE LINKE nach der Wahl 2005 geändert.

Ihr seid Opposition, und Opposition, meint SPD-Chef Münterfering, sei Mist.

Auch Regierung kann Schiet sein, allemal, wenn sie gegen den Willen einer Bevölkerungsmehrheit agiert. Und das passiert in der Bundespolitik seit langem. Stichworte: Hartz IV, Gesundheitsreform, Kriegseinsätze der Bundeswehr. Bei alledem sind Zweidrittel der Bevölkerung dagegen und bei alledem waren Zweidrittel des Bundestages dafür.

Wieso „waren“, sind sie es nicht mehr?

DIE LINKE hat zumindest eines geschafft: Sie hat den scheinbar monolithischen Block der All-Fraktionen-Koalition zum Tanzen gebracht.

Bitte konkreter...

... als Gesine Löttsch und ich Mindestlöhne gefordert hatten, wurde wir ausgelacht. Heute tut die SPD so, als sei sie die Erfinderin der Mindestlöhne. Wir hatten immer wieder gedrängt, dass die Ost-Lebens-Verhältnisse endlich an den Westen angeglichen werden. Heute geriert sich die FDP als Anwalt der Ost-Rentner. Wir hatten Hartz IV grundsätzlich abgelehnt und zumindest eine Anhebung der ALG-II-Sätze beantragt. Heute finden die Grünen, dass man von 340 Euro-plus nicht würdig leben könne. Wir hatten kritisiert, dass die Abschaffung der Pendlerpauschale unlogisch und unsozial ist. Ausgerechnet die CSU hatte das nun zu ihrem Wahlkampfschlagern gemacht. Und so erleben wir plötzlich: Wo CDU/CSU/FDP/SPD/Grüne draufsteht, ist plötzlich klammheimlich so manches Linke drin. Das ist nicht genug, aber das ist neu. Wobei: Ohne eine starke LINKE wäre das alles undenkbar.

Wie in Hessen, wo trotzdem alles im politischen Chaos endet?

Vielleicht, aber das hat nicht DIE LINKE verschuldet. Die SPD war uneins und hat so ein

linkes Projekt scheitern lassen.

Also ziehst Du wieder in den West-Wahlkampf?

2009 wird ein Super-Wahljahr. Und ich wette: Danach werden viele Karten neu gemischt. Noch glauben viele, allemal im Westen, man werde die Linke mit dümmlichen Kampagnen wieder los. Aber DIE LINKE ist keine Lafontaine-Gysi-Erfindung, sondern ein Kind der gesell-



*Petra Pau und Peter Sodann bei der Veranstaltung „Einer trage des anderen Last“
Foto: Amina Runge*

schaftlichen Miss-Verhältnisse.

Wie nah ist dir bei alledem noch die Landespolitik?

Nicht nur die, auch die Bezirkspolitik bewegt mich weiterhin. Allein in meinen monatlichen Bürgersprechstunden werde ich hautnah mit dem wahren Leben pur konfrontiert. Und wo ich helfen kann, tue ich das natürlich. Egal, ob es um Probleme mit dem Gesundheitssystem geht, um die Anerkennung von Berufsabschlüssen oder um Schornsteinfeger-Konflikte im Siedlungsgebiet. Im Wahlkreis muss man Allround-Politikerin sein und immer ansprechbar.

Ist das zu schaffen?

Nur im engen Zusammenwirken mit unseren Bezirks- und Landespolitikern.

Und im Bundestag?

Dort habe ich als Pro-Themen Bürgerrechte und Demokratie und als Kontra-Themen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus.

Diese Demokratie ist keine Demokratie, sagt Peter Sodann, euer Kandidat für das Bundespräsidentenamt

Sie kriselt aus verschiedenen Gründen und das ist ein Einfallstor für rechtsextreme Kameraden mit ihren menschenfeindlichen Parolen. Meine Forderung dagegen lautet: mehr Demokratie

wagen, mehr direkte Demokratie. Dafür hat DIE LINKE in Berlin übrigens vieles bewegt, während Deutschland auf Bundesebene bei alledem noch immer ein EU-Entwicklungsland ist.

Und wie stehst Du zu Peter Sodann?

Wir duzen uns, seit er neulich in meiner Veranstaltungsreihe „Einer trage des anderen Last“ in Hellersdorf war. Ansonsten wirbelt er viel politischen Staub auf und das kann nur gut sein.

Neulich hörte ich, Du hast ein Haus im Grunewald?

Ich wohne nach wie vor in Hellersdorf, Grüne Mitte, Genossenschaft, sanierte Platte, fünfte Etage, ohne Aufzug, aber mit Balkon und Blick auf das Wuhletal und den Kienberg.

Meiner Frage nach Deiner Perspektive als Bundestags-Vizepräsidentin bist Du ausgewichen. Hat sie dich verändert?

Das Amt ist eine neue Herausforderung. Ich demonstriere auf der Straße gegen einen drohenden Überwachungsstaat und ich spreche auf internationalen Konferenzen als Repräsentantin der Bundesrepublik. Das ist oft eine Gratwanderung, bei der ich mich aber weder so noch so verbiege. Nicht in Japan oder China, nicht in der Ukraine oder Polen, nicht in den USA, Israel oder Frankreich. Mein Herz schlägt links, mein Verstand tickt ebenso und das wissen meine diplomatischen Partner auch.

Vorletztes Stichwort: Welt-Finanz-Krise

Schlimm und Ausfluss der grundsätzlichen Amoral des herrschenden Kapitalismus. Geld regiert die Welt – und das stürzt sie in unmenschliche Tiefen. Das hatte schon Karl Marx analysiert und prophezeit. Umso wichtiger ist: Das Kapital darf nicht länger über die Politik bestimmen. Und die Politik muss endlich wieder die Banken dominieren.

Eine schön klingende Utopie ...

... aber plötzlich in aller Munde. Übrigens: Als es vor zwei Jahren um die Gründung der Partei DIE LINKE ging, da wollten etliche WASGler den „Demokratische Sozialismus“ aus dem Programm streichen. Ich habe damals gesagt; „Ihr spinnt wohl!“ Ihr raubt der Linkspartei die Seele und ihr nehmt uns allen die Zukunft.

Er bleibt trotzdem eine Illusion, oder?

Die Armen werden immer zahlreicher und die Reichen immer reicher, weltweit. Das ist furchtbar, aber kein Naturgesetz, sondern Folge einer bestimmten Politik. SPD und CDU haben sie forciert. Getreu dem Motto: „Der Markt ist unser Gott!“ Das ist dümmlicher Götzen-Kult. Er kommt uns alle teuer zu stehen.

Bist Du eine Optimistin?

Vielleicht. Als Jugendliche war ich Judoka. Und da lernt man zuerst zweierlei: Hinfallen und weiterkämpfen.

Die Fragen stellte Rainer Brandt.

Jetzt Neuigkeitenbrief bestellen: <http://onysix.de/petrapau/>

Einer trage des anderen Last

Mit ernsthafter Heiterkeit ...

Petra Pau hatte am 29. November 2008 in ihrer Gesprächsreihe „Einer trage des anderen Last“ den Kandidaten der LINKEN für die Wahl des Bundespräsidenten, Peter Sodann, eingeladen und mehr als 100 Interessierte waren gekommen. Bärbel Romanowski hatte als Moderatorin viele Fragen an den Kandidaten und die Vizepräsidentin, nicht alles konnte oder wollte beantwortet werden.

Der Themen waren es viele, Peter Sodann hatte zu manchem einen Witz, eine Geschichte oder ein Gedicht parat. Ob zum Thema Freiheit, „sich für alles verantwortlich füh-

len“, wie steht es mit der Demokratie in diesem Land, „das Grundgesetz durchsetzen“ oder wie steht es mit Utopien „immer wieder zu neuen Ufern aufbrechen“, Peter Sodann widmete sich mit ernsthafter Heiterkeit den immer wieder neu gestellten Fragen.

Es war ein anderer Blick auf Politik und Wirklichkeit, mit kritischen Seitenhieben auf Gegenwärtiges und Vergangenes. Petra Pau verwies ihrerseits darauf, wofür sie sich stark macht – soziale Gerechtigkeit, mehr Bürgerrechte, Kampf gegen Rechts – was erreichbar ist und was ihr hilft, die Bodenhaftung nicht zu verlieren. Sie sieht ihre Aufgabe im

Bundestag unter anderem darin, in wenigen Minuten viel zu sagen, vor allem was die Beschlüsse der Bundestagsabgeordneten im wirklichen Leben ausrichten und anrichten. Es waren vergnügliche aber auch nachdenklich stimmende eineinhalb Stunden.

Abgerundet wurde diese schöne und interessante Veranstaltung von Sängerin und Liedermacherin Vanessa Maurischat, die mit ihren einfühlsamen Texten die von Peter Sodann und Petra Pau geäußerten Standpunkte und Meinungen begleitet hat.

Renate Schilling

Gäste von Petra Pau bei „Einer trage des anderen Last“ werden 2009 u.a. Heinz Florian Oertel und Lutz Stückrath sein.

Einer muss die erste Stufe sein ...

Vor Beginn der Veranstaltung im Kulturforum Hellersdorf beschäftigten mich die Fragen: „Was für ein Mensch ist Peter Sodann, den ich bisher nur als Tatort-Kommissar Bruno Ehrlicher kannte? Was hat meine Partei dazu bewogen, einen Schauspieler als Kandidat für das Amt des Bundespräsidenten vorzuschlagen?“

„Einer trage des anderen Last“ – dies ist das Motto der Veranstaltungsreihe mit Petra Pau.

Als Gäste waren diesmal Peter Sodann und Vanessa Maurischat sowie als Moderatorin Bärbel Romanowski eingeladen. Die Einstimmung auf diesen interessanten Abend übernahm Vanessa Maurischat mit Gesang und Klavierspiel. Als Bärbel Romanowski Peter Sodann als den Mann vorstellte, der die etablierten Parteien ständig ärgert, gab es Heiterkeit im Saal.

Die Fragen an Petra Pau und Peter Sodann waren weit gefächert.

Peter Sodann steht zu seinem Leben in der DDR und will etwas für die Bürger tun, so menschlich leben, das andere Menschen auch etwas davon haben; wir sollten auch darüber reden, was mit unseren Urenkeln wird.



Marzahn-Hellersdorfer Kommunalpolitikerinnen bei der Veranstaltung „Einer trage des anderen Last“: Ute Thomas, Petra Wermke und Dagmar Pohle (v.l.n.r.) Foto: Renate Schilling

Dies zeigte mir, dass er die Menschen im Vordergrund seines Denken und Handelns sieht und begreift.

Kleine Verszeilen in Verbindung mit gestellten Fragen waren hintergründig und regten mich zum Nachdenken an.

Ehrlichkeit, sagen, was man denkt, und als späterer Bundespräsident den Finger in die Wunde legen, egal ob arm oder reich – ist Peter Sodanns Motivation.

Durch seine Kandidatur hat sich in den Medien schon viel in Bewegung gesetzt.

Jede Gesprächsrunde geht einmal zu Ende. Meine Fragen sind geklärt und ich habe unseren Kandidaten kennen gelernt und ich meine, es ist eine richtige Entscheidung.

Für die kommenden Monate viel Durchhaltevermögen ... und Peter Sodann will die erste Stufe sein ...

Blanka Schulze

DIE LINKE fordert Gesamtkonzept statt voreiliger Schließungen Dahlmann- und Strittmatter-Schule haben eine Zukunft

Die Bezirksverordnetenversammlung im November stand voll und ganz unter dem Thema Bildung. Gleich mehrere Große Anfragen und Anträge befassten sich mit der Zukunft der bezirklichen Förder- und Sonderschulen, der künftigen Schulstruktur und wiederum mit der Verwaltungsleiterin der Rudolf-Virchow-Oberschule.

DIE LINKE hatte sich mit Unterstützung von LehrerInnen, Eltern und SchülerInnen gegen eine von Schulstadtrat Komoß (SPD) beabsichtigte rasche Schließung der beiden Sonderschulen Dahlmann-Oberschule und Erwin-Strittmatter-Oberschule gewandt – mit Erfolg. Die Mehrheit der BVV votierte für zwei Anträge der LINKEN, in denen ein Fortbestehen der Schulen, bis ein

Gesamtkonzept für die Zukunft vorliege, gefordert wird.

Weiterhin diskutierten die BildungspolitikerInnen der Fraktion über den Stellenwert der Gemeinschaftsschule. Die vom Stadtrat beabsichtigte Einführung eines zweigliedrigen Systems mit Stadtteilschule und Gymnasium wurde von der LINKEN klar zurückgewiesen. Hassan Metwally, bildungspolitischer Sprecher der LINKEN: „Die Gemeinschaftsschule, also eine Schule für alle, ist das zentrale Zukunftsprojekt der rot-roten Koalition. Dafür müssen wir jetzt kämpfen, nicht für Schulstrukturen, die dieses Konzept letztlich untergraben.“

Als letztes wurde erneut ein Antrag zum Erhalt Stelle der Verwaltungsleiterin und

Koordinatorin der Zusammenarbeit mit der Wirtschaft (Rudolf-Virchow-Oberschule) beraten, diesmal eingebracht von der LINKEN und CDU gemeinsam. „Dies soll ein klares Signal für die bessere Ausstattung der Schulen und für ein Pilotprojekt einer solchen Stelle für letztlich alle Schulen im Bezirk sein“, sagte Torsten Kläring, Fraktionsgeschäftsführer der Linksfraktion. In geheimer Abstimmung verfehlte der Antrag jedoch knapp eine Mehrheit. Die SPD meinte: „Entweder alle Schulen oder gar keine!“

Dass hierbei vorhandene Strukturen zerstört werden, die gerade für eine Gesamtschule unschätzbar wichtig sind, wollten die Sozialdemokraten nicht erkennen.

Bjoern Tielebein

Aus dem Bezirksvorstand

- Unser öffentliches Agieren gegen Rechts wurde erneut ausführlich beraten. Die politische Position unserer Bezirksparteiorganisation ist antifaschistisch geprägt, das bestimmt auch unser öffentliches Auftreten. Der Bezirksvorstand wendet sich gegen die Schaffung neuer Strukturen. Wir halten es für notwendig, über Jahre bewährte Erfahrungen in der Organisation wieder anzuwenden, mit denen vorhandene Kräfte mobilisiert werden von denen anzunehmen ist, dass auch sie sich gegen Rechts engagieren. Mehr als bisher müssen wir uns bei unseren Mitgliedern gegen Gleichgültigkeit wenden und ihnen ihre persönliche Verantwortung bewusst machen. Für die bestehende Koordinierungsrunde, deren Leiter Björn Tielebein ist, gab es eine Verständigung über die Mitwirkung weiterer Mitglieder.

- Zahlung der Mandatsträgerbeiträge. Parteimitglieder, die mit dem Mandat der LINKEN in Parlamente gewählt wurden, entrichten an die Partei einen monatlichen Beitrag. Mitglieder des Bezirksparlaments entrichten zum Beispiel 80 Euro/Monat. Diese Beiträge sind für die Finanzierung des politischen Lebens der Partei, wie Publikationen, Veranstaltungen und die Führung von Wahlkämpfen von großem Gewicht. Deshalb erfolgte ein Check durch den Bezirksvorstand. Dessen Ergebnis war positiv, auch Dank der gewissenhaften Arbeit des Fraktionsvorstandes, der hier in

den letzten Jahren eine wesentliche Verbesserung erreicht hat.

- Die Erwin-Strittmatter-Schule in Hellersdorf wurde als zusätzliches Thema aufgerufen. Genossin Ute Thomas, Vorsitzende im Bildungsausschuss des Bezirksparlaments, und unser Fraktionsvorsitzender Klaus-Jürgen Dahler hatten eine gemeinsame Beratung vorgeschlagen. Es ging um Verbleib oder Nicht-Verbleib der Strittmatter-Schule an ihrem jetzigen Standort mit all den weitreichenden pädagogischen, organisatorischen und personellen Konsequenzen, in diesem Fall sogar um eine Schule mit sonderpädagogischem Förderbedarf. Der Sachkunde im Gespräch dienten die anwesenden engagierten Lehrerinnen, VertreterInnen der Gewerkschaft und vom Personalrat. Im Ergebnis der Diskussion – der Bezirksvorsitzende Norbert Seichter wird das Gespräch mit der SPD suchen (der zuständige Stadtrat Komoß hat das Mandat der SPD). Unsere Fraktion wird den parlamentarischen Weg nutzen, um ein Verlegen der Strittmatter-Schule „aus der hohlen Hand“ zu verhindern.

- Hilfen zur Erziehung: In Verbindung mit kritischen Äußerungen zu den Entscheidungen der Jugendstadträtin im Jugendhilfe-Ausschuss hat der Vorstand Informationen zur Kenntnis genommen. Dank der in unserem Bezirk geleisteten verantwortungsvollen Arbeit liegen hier die Kosten

pro Kind unter der im Plan vorgesehenen Höhe. Wegen der Vielzahl der zu betreuenden Kinder und Jugendlichen, die wesentlich über der im Plan vorgegebenen Anzahl liegt, benötigt der Bereich der Stadträtin jedoch in der Summe mehr Geld als geplant. Hierbei handelt es sich um eine Leistung mit individuellem Rechtsanspruch. Der Bezirksvorstand bekennt sich ausdrücklich zu der sozial gewissenhaften und engagierten Arbeit der Stadträtin Dr. Manuela Schmidt und ihrer MitarbeiterInnen.

Wilfried Maier

Der einzige Mensch, der sich vernünftig benimmt, ist mein Schneider. Er nimmt jedesmal neu Maß, wenn er mich trifft, während alle anderen immer die alten Maßstäbe anlegen in der Meinung, sie passen auch heute noch.

George Bernard Shaw
26.07.1856 - 02.11.1950
irischer Dramatiker, Schriftsteller
und Nobelpreisträger
(<http://zitate.net>)

Kleingärten und die globale Herausforderung unserer Zeit

Vom 21.11.2008 bis 23.11.2008 fand in Leipzig das Bundesseminar „Umwelt“ des Bundesverbandes Deutscher Gartenfreunde e.V. statt.

Als ich mein Abenteuer Bahnfahrt bestand, kam ich zu dem Schluss, wenn die Bahn nicht mit aller Macht an die Börse wollte, könnte die Neigungstechnik für immer ausgeschaltet werden, die Fahrpläne hätten die 10 bis 15 Minuten mehr Fahrzeit berücksichtigt und mit weniger Energieaufwand und Kosten käme Mensch auch gut zum Ziel. Für die Umwelt ist weniger Geschwindigkeit eben mehr Schutz.

Auf dem Seminar befassten sich die Gartenfreunde mit Themen wie Klima, Luft, Wasser, Boden und informierten sich über Kleingärten als Teil des grünen Netzwerkes eines Großstadtbezirkes. Nachdem sich einige Teilnehmerinnen und Teilnehmer von der Überraschung erholt hatten, dass der Bezirk Marzahn-Hellersdorf eine „Grüne Stadt“ im Metropolenraum Berlin ist, ging es um die Frage Kleingärten im Kontext zur globalen Herausforderung unserer Zeit und um die soziale Funktion von Kleingartenanlagen im Gemeinwesen.

Kleingärten bieten eine bessere Lebensqualität in den Städten durch Lärmverringerung, Staubbindung, Durchgrünung, Auflockerung der Bebauung, Biotop- und Artenschutz, Lebensraumvernetzung und klimatische Aus-

wirkungen. Sie bieten sinnvolle Freizeitbeschäftigung, Förderung von harmonischen zwischenmenschlichen Beziehungen und einen direkten Kontakt mit der Natur.

Das Gefühl, gebraucht zu werden und dazuzugehören, Kontakte zu knüpfen und so der Isolierung zu entgehen, sind wichtige Aspekte eines funktionierenden Gemeinwesens.

Kleingartenanlagen bilden mit hier anerkannten sozialen Funktionen und den ökologischen Potentialen einen wesentlichen Faktor im grünen Netzwerk des Bezirkes. Ihre Beiträge zur Integration und zur Bildung sind wichtige Bestandteile des Gemeinwesens. Die Stadt der kurzen Wege braucht eine Symbiose der Arbeitsplatzstandorte, der Wohnangebote, der Handels- und Versorgungseinrichtungen und der Erholungsflächen.

Ob Brutkasten oder Insektenhotel, der Erhalt der biologischen Vielfalt braucht allseitige Unterstützung. Naherholungsgebiete, die mit dem öffentlichen Personennahverkehr, dem Rad, besser noch zu Fuß erreichbar sind, werden an Bedeutung gewinnen.

Ökologische Stadtentwicklung bedeutet, sich dafür einzusetzen, dass eine zeitlich unbegrenzte Sicherung der Kleingärten als integraler Bestandteil der Stadt durch gesetzliche Regelungen zu schaffen ist.

In einer modernen Stadt sind Kleingartenanlagen Teil des grünen Netzwerkes.

Norbert Lüdtke, Bezirksstadtrat

Berlin ohne Integrationsradio?

Nun ist es entschieden - auf der Novemberversammlung des Rundfunkrates des RBB zeigten die Mehrzahl der Mitglieder kein Interesse, das Thema radiomultikulti in der weiteren Haushaltsberatung zu behandeln. Lediglich sechs der knapp über 20 Anwesenden sprachen sich für die Suche nach alternativen Finanzierungsvorschlägen aus. Damit folgte das Beratungsgremium dem Vorschlag der Intendantin, die siebente der Hörfunkwellen des RBB aus Kostengründen zum 1. Januar 2009 zu schließen.

Das ist ein herber Verlust für die Integration von Berlinerinnen und Berlinern mit Migrationshintergrund. Denn radiomultikulti ist mehr als nur eine Welle, die in 18 verschiedenen Sprachen sendet. Die Hörfunkwelle berichtet ebenso ausführlich über das interkulturelle Leben in den Berliner Kiezen, sie bietet Journalisten mit fremdländischem Hintergrund die Chance zu arbeiten und letztlich werden eine Vielzahl von kulturellen und gesellschaftspolitischen Veranstaltungen von Migranten durch die Mitarbeiterinnen initiiert, betreut und vermittelt.

Die Linke in Berlin hat die Proteste gegen die Schließung aktiv mit gestaltet und unterstützt, im Parlament wie auch außerparlamentarisch. Deshalb empfinde ich es auch als eine

herbe Niederlage für Rot-rot in Berlin, wohl wissend, dass der RBB selbstverständlich politisch unabhängig und eine gemeinsame Angelegenheit von Berlin und Brandenburg ist und sich gerade das brandenburgische Interesse an der Finanzierung eines interkulturellen Radios in ausgesprochen engen Grenzen hält.

Und dennoch, wir, die Hörer und Freunde dieser kreativen, fröhlichen Welle, geben nicht auf. Es soll ein „danach“ geben, zur Not eben ohne den öffentlichen-rechtlichen Träger. Einzelne Vorbereitungen laufen, denn gemeinsam mit meinem medienpolitischen Sprecherkollegen der SPD im Abgeordnetenhaus bin ich mir darüber einig. Wir wissen aber auch, dass noch eine Menge Steine aus dem Weg geräumt werden müssen- Verantwortliche in der Medienanstalt müssen überzeugt werden, die Finanzierung ohne Gebühren muss sichergestellt werden. Aufgaben also, die eine öffentliche Unterstützung auch weiterhin benötigen. Und etwas hatte der Kampf gegen die Schließung dann doch - auch der RBB hat mitbekommen, dass interkulturelle Programme nicht nur Anliegen einer Radiowelle sein können.

Gabriele Hiller, Medienpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus

Ein Blick zurück, ein Blick nach vorn ...

... das soll die erste Tagung des zweiten Landesparteitages bringen. Es wird um das erste Jahr der neuen Linken in Berlin und um das von wichtigen Wahlen bestimmte Jahr 2009 gehen.

Zum Rückblick auf die vergangene Legislaturperiode des ersten Parteitags und des ersten Landesvorstandes der Berliner Linken wird der scheidende Landesvorstand dem neuen Landesparteitag einen Bericht zur Arbeit von Vorstand und Landesverband vorlegen. Darin wird es neben den zentralen politischen Projekten des Landesverbandes auch um die Entwicklung der Parteiorganisation gehen. Dabei wird es gleichermaßen darum gehen Erfolge wie auch Mängel darzustellen. Damit zeigt der Bericht auch potentielle Aufgabenfelder für den kommenden Landesvorstand und die Partei im kommenden Jahr auf.

Einige erste Festlegungen zu den Aufgaben von Landesverband und Landesvorstand im Wahljahr 2009 wird der Leitantrag formulieren. Im Zentrum des Antrags steht dabei die Vorbereitung der Linken Berlin auf das erfolgreiche Bestreiten der Europa- und Bundestagswahlkämpfe. Es wird darum gehen, das WählerInnenpotential der LINKEN nicht nur vollständig auszuschöpfen, sondern noch weiter auszubauen. Als besondere Zielgruppen unserer Wahlkampfanstrengungen benennt der Leitantrag junge Wählerinnen und Wähler sowie Wahlberechtigte mit Migrationshintergrund.

Neben den mehr inhaltlichen Fragen wird die erste Tagung des zweiten Landesparteitages natürlich auch die Aufgabe haben, die Mitglieder der Landesgremien der Partei neu zu wählen. Dies sind die Landeschiedskommission, die Landesfinanzrevisionskommission, der Landesvorstand und die Mitglieder des Landesausschusses aus den Zusammenschlüssen.

Auch wenn der kommende Landesparteitag für unsere Partei sehr wichtig sein wird, so wird doch an diesen Tagen das politische Alltagsgeschäft nicht stillstehen. Am 6. Dezember wird wie jedes Jahr seit 2003 Anfang Dezember die NPD versuchen, durch Berlin zu demonstrieren. Aus diesem Grund wird der Parteitag am Samstag erst um 14 Uhr beginnen, um den Delegierten und Gästen die Möglichkeit zu geben, am Vormittag an den verschiedenen antifaschistischen Aktivitäten teilzunehmen, die den alten und neuen Nazis entgegenzutreten werden. Gemeinsam gegen Nazis zu demonstrieren dürfte für DIE LINKE. Berlin nicht der schlechteste Weg sein, einen Parteitags-Tag zu beginnen.

Hassan Metwally
Mitglied des Landesvorstandes

Post an uns

Aber bitte keine Öffentlichkeit!

Das ist ein Spruch, den ich von Verantwortungsträgern des Bezirksamtes immer öfter höre.

Als für die Marzahner Promenade klar war, dass das Zentrum abgerissen und das Eastgate gebaut wird, brachten wir dazu unsere Forderung nach einem behindertengerechten Zugang zur S-Bahn mit Zugang „rund um die Uhr“ ein und dann noch die Verlängerung der Brücke vom Eastgate über den S-Bahnhof zum Wiesenburger Weg, ebenfalls mit behindertengerechtem Zugang zum Friedhof (er ist in Berlin der einzige, der nicht von Behinderten alleine betreten werden kann). Das ist nun schon sechs Jahre her. In der damaligen Stadträtin und jetzigen Bürgermeisterin fanden wir eine engagierte Verbündete. Und dann immer weitere. Der S-Bahnzugang kam, nicht so die Brückenverlängerung. Bei entsprechenden Nachfragen bei den Verantwortungsträgern gibt es Auskunft zu ausstehenden Verhandlungen und dann immer gleich der Zusatz „Aber bitte keine Öffentlichkeit“.

Antwort von Dagmar Pohle auf B. Lützenbergs Brief:

Leserbriefe sollen kurz und bündig sein. Das entpflichtet aber sicher nicht, trotzdem fair zu sein. Die Bürgerinitiative in Person von Bodo Lützenberg war bei den Gesprächen, die während meiner Zeit als Wirtschaftsstadträtin mit Vertretern des Immobilienmanagements der KNORR-BREMSE und der Bahn-AG geführt worden sind, mit am Gesprächstisch. Und es hat mehrere Jahre gedauert, bis eine Einigung gefunden und das dann in Vertragsform gebunden werden konnte. Nach der Kommunalwahl, obwohl es damit nichts zu tun hatte, sind die Vertragspartner vom Vertrag zurückgetreten, der neue Wirtschaftsstadtrat musste neu verhandeln, neue Finanzierungsquellen auf tun und

Millionen für die Aufwertung der Marzahner Promenade. Unsere Forderung nach einer Versammlung der Anwohner, Gewerbetreibenden und anderen Interessierten, bei der wir unsere Vorschläge einbringen können und die Vorschläge der professionellen Akteure beraten, wurde durch alle Akteure abgelehnt. Die Bedingung für den Wettbewerbszuschlag war doch die Einbeziehung der Bürger. Es folgte die Vertröstung auf den „Aktionstag“ am 31. Oktober, 18.00 Uhr. Bei dem anschließenden Rundgang könnten dann die Bürger ihre Vorschläge und Fragen einbringen.

Acht Anwohner habe ich erkannt, keine Gewerbetreibenden. Die sollten ihre Geschäfte bis 19.00 Uhr offen halten (denkste!).

Wir werden jedenfalls im Januar/Februar 2009 in der Promenade unsere Bürgerversammlung durchführen. Wenn unsere Ratschläge, Wünsche, Kritiken in einer Bürgerversammlung nicht gewünscht sind, dann eben eine Bürgerversammlung als Protest.

Bodo Lützenberg

neue Vertragsverhandlungen führen. Darüber wurde die Bürgerinitiative regelmäßig informiert. Allerdings haben wir, das ist wohl wahr, davon abgeraten, diese Prozesse mit Protest- und sonstigen Veranstaltungen zu begleiten. Weil eben solche Verhandlungen nicht in der Öffentlichkeit geführt werden.

Eine Partei, die sich an Wahlen beteiligt, darf von ihren gewählten MandatsträgerInnen erwarten, dass sie ihrer Verantwortung nachkommen. Wenn allerdings Parteiveranstaltungen, wie die Versammlung zur Wahl der VertreterInnen am frühen Abend und zeitgleich mit den Ausschusssitzungen der BVV stattfinden, zu denen das Erscheinen Pflicht ist für Bürgermeisterin

Aufschlussreich!

„3000 protestierten in Aachen gegen Rechts Oberbürgermeister rief zu Zivilcourage auf 3000 Menschen haben am Samstag in Aachen friedlich gegen eine Neonazi-Kundgebung protestiert. Zum Auftakt der insgesamt sechs Gegendemonstrationen läuteten zahlreiche Kirchenglocken. Insgesamt waren etwa 100 Neonazis in Aachen. Einen ursprünglich geplanten rechten Aufzug gab es nicht, da die Polizei lediglich eine Standkundgebung erlaubt hatte.“ (ND vom 10.11.2008)

Aachen hat 259.010 Einwohner.

Am 18.10.2008 fand in Marzahn-Hellersdorf von Berlin ein Aufmarsch der Neonazis über sieben Kilometer statt. Ca 350!

Die Gegendemonstranten waren ca. 100, davon nicht mehr als 50 ohne schwarze Kapuzenpullover. (ND informierte)

Marzahn-Hellersdorf hat 248.000 Einwohner.

Die Polizei bewachte die Antifaschisten bewaffnet und mit Hunden. Ich schäme mich für alle, die am 18.10. Wichtigeres zu tun hatten.

Rainer Rau

und StadträtInnen, ist nicht zu erwarten, dass sie auch anwesend sein können bei den Wahlveranstaltungen.

Überheblich ist es auch, wenn Basis per se der Meinung ist, dass FunktionsträgerInnen sich dem Gespräch nicht stellen wollen und ihnen unterstellt wird, dass sie nur Mandate sammeln. Vielleicht wollen sie sich aber auch an der Meinungsbildung und Beschlussfassung in der Partei einbringen mit ihren gesammelten Erfahrungen bei der Ausübung des kommunalen Wahlmandats?

Gern komme ich zur Einwohnerversammlung in die Marzahner Promenade und auch überall anders hin, wenn mir nicht nur ultimativ ein Termin mitgeteilt wird, sondern wenn wir den Termin miteinander abstimmen könnten.

Bildung und hungrige Kinder

Der von der SPD dominierte Berliner Senat misst mit zweierlei Maß!

Mit dem Wegfall der Hortbetreuung an Halbtagsgrundschulen wurde die Essensgeld-Zahlung für das Schulesen von 23 EUR auf 39 bis 45 EUR pro Monat (differiert nach Anbieter) erhöht.

Nun bezahlen die Eltern von drei Mitschülern meines 11jährigen Sohnes das teure Schulesen nicht mehr. Diese Schüler müssen jetzt bis 15 Uhr hungern. Hieß es früher „Mit vollem Bauch studiert sich's schlecht!“ – mit leerem Bauch macht Lernen heute erst recht keinen Spaß!

Bereits am 5. Mai 2008 beschloss der Deutsche Bundesrat, dass die Bundesregierung die ALoG II -Regelsätze für Kinder sofort erhöhen solle. Die Regelsätze für Kinder sind weiter unverändert!

Für die Banken waren ganz schnell 500 Milliarden Euro da!

Unser Berliner Senat hatte als Bürgschaft für

die Berliner Bankgesellschaft 23 Milliarden „übrig“. Kinder hingegen haben bei der Berliner SPD derzeit noch keine starke Lobby.

Das verstehen Berliner Eltern nicht und die anderen im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien opponieren.

Auch ich (ein 40 h pro Woche arbeitender Diplomingenieur) erhalte wegen zu geringen Einkommens ALG-II-Aufstockung. Schon deshalb sammelte ich (bekennender Christ) – nicht, weil Weihnachten naht – in einer Woche über 1.600 Unterschriften für eine Petition, die u. a. fordert, umgehend die ALG-II-Regelsätze für Schulkinder zu erhöhen.

Die Berliner Petitionsausschussvorsitzende, die Marzahner Genossin Dr. Margrit Barth (Tel. 23252536 bzw.37) unterstützt uns aus Überzeugung!

Bernd Ludewig

Mitglied des Lichtenberger Bezirksvorstandes DIE LINKE

Eingeschränkt

Die Toleranz bezüglich Kleidungsstil und Musikgeschmack scheint in den letzten Jahren sehr zurückgegangen zu sein. Auf der Straße bekommt man musternde, abwertende Blicke zugeworfen, manchmal sogar wird man begafft.

Ich frage mich, wo ist die Akzeptanz geblieben?

Sollte nicht jeder das tragen dürfen, was ihm am besten gefällt, und die Musik hören, in der er sich am meisten wiederfindet?

Einen weiteren kritischen Faktor bildet die Religion. Jeder Mensch hat das Recht auf Meinungs- und Glaubensfreiheit, aber manchmal stehe sogar ich bestimmten Kulturen und deren Glauben ablehnend gegenüber. Vielleicht, weil zu wenig darüber aufgeklärt und gesprochen wird?

Man muss einander nicht verstehen, doch sollte man sich akzeptieren.

Meine Frage an DIE LINKE dazu wäre nun, wie sie zu diesen Fakten steht, und was man gegen diese Intoleranz tun könnte.

Janine Behrens

Frühstücken mit Gregor

Für Gregor Gysi war das Treffen mit Unternehmerinnen und Unternehmern am 31. Oktober im Schloss Biesdorf am östlichen Stadtrand Berlins ein Heimspiel. Fast auf den Tag genau vor 10 Jahren begründete er – damals Bundestagsabgeordneter des Wahlkreises Marzahn-Hellersdorf – diese Gesprächsreihe im Bezirk.

Die LINKE hat unter Federführung von Petra Pau und der Bezirksbürgermeisterin Dagmar Pohle (DIE LINKE) gemeinsam mit owus Berlin-Brandenburg vor einigen Jahren die Tradition wieder aufgenommen und kompetente Gesprächspartner wie den Berliner Wirtschaftssenator Harald Wolf, die Stadtentwicklungssenatorin Junge-Reyer und

jetzt aus gegebenem Anlass den Fraktionsvorsitzenden der LINKEN im Bundestag Gregor Gysi zum Unternehmerfrühstück mit Schmalzstullen und sauren Gurken eingeladen.

Wie zu erwarten drehte sich anfangs alles um die aktuelle Finanzkrise und die Folgen vor allem für die kleinen und mittleren Unternehmen, für die bekanntlich die Gefahren am größten sind. Beeindruckend dabei – so Gregor Gysi – mit welcher Ahnungslosigkeit Bankier, Manager, aber auch die Politiker der großen Koalition mit dieser größten Wirtschaftskrise seit 80 Jahren umgehen.

Auf die Frage von Petra Pau, was denn nun Unternehmerinnen und Unternehmer von der LINKEN erwarten können, nannte der Gast eine Vielzahl konkreter Aktivitäten, zu denen die LINKE bereits Anträge im Bundestag eingebracht hat – zum Beispiel gegen die Zahlungspflicht der Umsatzsteuer vor Eingang der Rechnung, für höhere Abschreibungssätze (im ersten Jahr 50%) angesichts des rasanten moralischen Verschleißes von Anlagen und Geräten, für Reduzierung der Mehrwertsteuer bei Handwerkerleistungen – auch mit dem Ziel, den Kühlschrank zu reparieren, statt einen neuen zu kaufen.

Bei den Themen Schwarzarbeit und Min-

destlohn informierte Gregor Gysi über die Vorschläge der LINKEN, auch über Vor- und Nachteile verschiedener Lösungen und warb für konstruktives Mitdenken der

gute Sache ist und nicht zur Uniformierung der Schüler führt, sieht man daran, dass Angela Merkel und Gregor Gysi beide etwas Vernünftiges geworden und dabei

doch recht unterschiedlich geraten sind.

Zum Schluss – herzlicher Beifall der rund 80 Unternehmerinnen und Unternehmer und die Zusage, dass nicht weitere zehn Jahre bis zum nächsten Frühstück mit Gregor Gysi vergehen werden.

Das nächste Unternehmerfrühstück findet am 6. März mit Helmuth Markov Mitglied des Europäischen Parlaments und Vorsitzender des Ausschusses für internationalen Handel (INTA) zur Europapolitik der LINKEN statt.



Dem Bezirk nach wie vor verbunden: Gregor Gysi, langjähriger im Wahlkreis direkt gewählter Bundestagsabgeordneter, und dessen Nachfolgerin im Wahlkreis, Petra Pau, die auch im Jahr 2009 wieder in den Direktwahlkampf für Marzahn-Hellersdorfs LINKE ziehen möchte.

Foto: Amina Runge

Gesprächsteilnehmer. Dabei hat die Einführung des Mindestlohnes nicht nur eine wichtige soziale Funktion, sondern hilft auch, Vorbehalte der Menschen gegen die EU abzubauen.

Beeindruckend an der anschließenden Diskussion war, dass die Unternehmer weniger die eigenen Belange ansprachen, sondern gesellschaftliche Probleme, wie die notwendige Erhöhung der inländischen Binnenkaufkraft und den Bildungsnotstand in diesem Land thematisierten. Für Gregor Gysi Gelegenheit, den Vorschlag der LINKEN für ein wirksames Konjunkturprogramm, Änderung des Steuersystems aber auch für Beteiligungsmodelle der Beschäftigten an großen Unternehmen vorzustellen. Die Kritik am bundesdeutschen Bildungssystem (Bildung als Ländersache, dreigliedriges Schulsystem, schlechte KITAS) mündete in einem schönen Bild: Gerhard Schröder wuchs unter sehr armen Verhältnissen auf und wurde in der alten Bundesrepublik Rechtsanwalt, der Schulfreund von Gregor Gysi kam aus einer kinderreichen Familie mit nur drei Büchern und wurde in der DDR Oberarzt. Beim heutigen Bildungssystem der Bundesrepublik könnte Gerhard Schröder nicht Anwalt (und Bundeskanzler) und der Schulfreund nicht Oberarzt werden. Und dass die Gemeinschaftsschule eine

Erika Maier – Sprecherin des LINKEN WIRTSCHAFTSFORUMS Marzahn-Hellersdorf

Verzicht üben und Innenminister Schäuble beim Wort nehmen

Der Bundesrat hat heute dem umstrittenen BKA-Gesetz die Zustimmung verweigert. Dazu erklärt Petra Pau, Mitglied im Vorstand der Fraktion DIE LINKE und im Innenausschuss:

Die Abstimmung im Bundesrat zeigt: Nahezu allen Parteien haben schwerwiegende Bedenken gegen das BKA-Gesetz, die FDP, die Grünen, DIE LINKE, selbst Teile der SPD.

Nun sollte man Bundesinnenminister Schäuble beim Wort nehmen und Verzicht üben. Er hatte im Bundesrat gesagt: Auch wenn das BKA-Gesetz nicht kommt, ist Deutschland ein sicheres Land.

Berlin, den 28. November 2008

Liest du noch – oder bloggst du schon?

Am 11. November hatte das Marzahner Gesellschaftspolitische Forum zu einem Thema eingeladen, das für die Zukunft von immenser gesellschaftspolitische Bedeutung ist. Wer kennt die Situation nicht: Der heranwachsende Nachwuchs sitzt vor dem PC und tut etwas, was Angehörige des „Methusalem-Komplots“ entweder gar nicht oder nur bedingt nachvollziehen können. Und da die Interaktion mit dem PC offenbar die gesamte Konzentrationsfähigkeit des Nachwuchses beansprucht, kommentieren wir es oft nachsichtig mit Floskeln, wie: „Ja, ja – uns hat in der Jugend auch niemand verstanden...!“

Lutz Potschka, Absolvent der Hochschule für Film und Fernsehen „Konrad Wolf“ und Dozent für Medien und Kommunikation, hat sich unter dem Thema „Neue Medien – alte Kommunikation?“ der Frage gestellt: Was machen die Medien mit uns – und wir mit ihnen? Um eine Antwort zu finden, die sich nicht mit dem zwar auch stimmenden aber kaum differenzierenden Verb „manipulieren“ zufrieden gibt, spannte er den Bogen weit in die Theorie und Geschichte der Kommunikation. Das war überzeugend, denn Medien als Träger, Übermittler und Speicher von Daten allein sind nur Werkzeug und machen noch keine Kulturtechnik aus. Was wir gegenwärtig erleben, ist aber der Übergang zu einer neuen, zur dritten Kulturtechnik. Die erste bestand in der Mündlichkeit – „Oralität“ – im Sprechen und Hören, Zählen und Erzählen. Ein kurzer Ausschnitt aus dem französischen Film „Am Anfang war das Feuer“ demonstrierte diese Entwicklungsphase unserer Kulturgeschichte anschaulich. Die zweite Kulturtechnik war und ist die Schriftlichkeit – „Literarität“, Sehen und Schreiben, seit Gutenberg als Schrift und Druck. Beide Kulturtechniken bestimmen

Gefunden bei <http://zitate.net>

Wer glaubt, ein Christ zu sein, weil er die Kirche besucht, irrt sich. Man wird ja auch kein Auto, wenn man in eine Garage geht.

Albert Schweitzer
14.01.1875 - 04.09.1965
dt. Arzt und evang. Theologe

Der schlimmste aller Fehler ist, sich keines solchen bewusst zu sein.

Thomas Carlyle
04.12.1795 - 05.02.1881
Einflussreicher schottischer Essayist und Historiker

unsere Kommunikation bis heute. Der Übergang zur dritten Kulturtechnik besteht darin, dass künstlich – über die elektronischen Medien im Alltag – vermitteltes Hören und Sehen mit Signalen und Piktogrammen zunimmt und die Schrift als Medium an Bedeutung verliert. Die elektronischen Medien reduzieren die Welt auf ein Global Village. Sich darin zurecht zu finden und zu behaupten setzt voraus, zu verstehen, was dort passiert und wie es funktioniert. Es geht also um unsere Köpfe. Hält man/frau sich an die Definition von McLuhan (1967), wonach Medien eine Erweiterung – „Extension“ – des Menschen sind, dann geht es jetzt um die Rückgewinnung unserer Souveränität gegenüber den

Medien! Was kann im Kopf passieren, wenn wir nicht gewappnet sind? – So gesehen ist unser Reaktion „Ja, ja – uns hat in der Jugend auch niemand verstanden...!“ nicht nachsichtig, sondern falsch! Wir sollten uns stattdessen als lernfähig erweisen und mit unserem Nachwuchs reden – die neue Mündlichkeit jetzt!

Der Vortrag von Lutz Potschka und die anregende Diskussion im Anschluss haben viele interessante Fragen aufgeworfen und zum Nachdenken animiert – zum Beispiel über lebenslanges Lernen.

Dr. Wolfgang Girnus

Veranstaltungen des Marzahner Gesellschaftspolitischen Forums im Januar und Februar 2009:

Datum: Dienstag, 13. Januar 2009, 19.00 - 21.00 Uhr
Ort: Kulturgut Marzahn
Alt-Marzahn 23
12685 Berlin

Thema: 30 Jahre Marzahn-Hellersdorf. Rückblick und Ausblick.

Am 5. Januar 1979 beschloss die Berliner Stadtverordnetenversammlung, aus Teilen der Bezirke Lichtenberg und Weißensee den Stadtbezirk Berlin-Marzahn zu bilden. Mit dem Wohnungsbauprogramm der DDR war eine neue Großsiedlung entstanden, die nun auch zu einer eigenständigen Verwaltungseinheit wurde. Der neue Stadtbezirk umfasste bei seiner Gründung neben dem Ortsteil Marzahn auch die Ortsteile Biesdorf, Hellersdorf, Kaulsdorf und Mahlsdorf und entsprach so dem heutigen Bezirk Marzahn-Hellersdorf. 1986 wurde aus den Ortsteilen Mahlsdorf, Kaulsdorf und Hellersdorf der Bezirk Hellersdorf gebildet. Bei der Verwaltungsreform 2001 fusionierten die beiden Bezirke wieder zum heutigen Bezirk Marzahn-Hellersdorf. Dieser Bezirk im Osten Berlins hat eine interessante und wechselvolle Geschichte und - ganz sicher - eine spannende Zukunft.

Referentin: Dagmar Pohle, Bezirksbürgermeisterin
Moderation: Dr. Wolfgang Girnus

Zur Person: Dagmar Pohle, Jahrgang 1953, studierte Philosophin, ist seit 1982 im Bezirk Marzahn kommunalpolitisch verwurzelt. 1990 bis 1999 war sie für die PDS zuerst Mitglied der Stadtverordnetenversammlung von Berlin (Ost), dann des Gesamtberliner Abgeordnetenhauses und hat sich dort vor allem gesundheits- und sozialpolitisch engagiert. 2002 bis 2006 war sie Bezirksstadträtin für Wirtschaft, Soziales und Gesundheit im Bezirk Marzahn-Hellersdorf. Seit 16. November 2006 ist sie Bezirksbürgermeisterin.

Datum: Dienstag, 10. Februar 2009, 19.00 - 21.00 Uhr
Ort: Kulturgut Marzahn
Alt-Marzahn 23
12685 Berlin

Thema: Gewonnen, und doch verloren. Aufstieg und Ende der Berliner Werkzeugmaschinenfabrik Marzahn.

Ingenieuren wie Prof. Werner Bahmann ist es zu verdanken, dass die DDR zu den führenden Industriestaaten aufstieg. Das war - wie später behauptet - keine Propaganda, sondern nachweisbar, z.B. mit der Berliner Werkzeugmaschinenfabrik Marzahn (BWF). Prof. Bahmann war dort 23 Jahre Chefkonstrukteur und Direktor für Forschung und Entwicklung. Nach der Wende kam auch die östliche BWF in westliche Hände. Als die staatlichen Zuschüsse für diese Privatisierung aufgebraucht waren, wurde die Fabrik 2004 geschlossen. Das ARD-Magazin Monitor berichtete: „Trotz voller Auftragsbücher Verlagerung in die Schweiz...!“

Referent: Prof. Dr.-Ing. Werner Bahmann (Dresden)
Moderation: Dr. Wolfgang Girnus

Umdenken gefragt oder: Wie viel Grün braucht Berlin?

Als man 1994 den Berliner Flächennutzungsplan (FNP) verabschiedete, ging man von einem Wachstum Berlins auf mehr als 5 Mio. Einwohner aus. Tatsächlich stagniert die Bevölkerungszahl. Weite Teile der Stadt, nicht nur „unsere“ Großsiedlungen, kämpfen mit dem demografischen Wandel und seinen Folgen. „Stadtumbau Ost“ ermöglichte in Berlin, wenigstens nicht mehr benötigte Standorte öffentlicher Infrastruktur wie Kitas und Schulen zurückzubauen. Die „Vermarktung“ der Flächen übernimmt der Liegenschaftsfonds. Dahinter steht eben die Fiktion der wachsenden Stadt mit gigantischem Bedarf an Wohnbauland. In der Konsequenz wurde bis in die jüngste Vergangenheit zum Teil bis unmittelbar an wertvolle Naturräume herangebaut, wie an das Wuhletal in Kaulsdorf-Nord oder den Windschutzstreifen in Hellersdorf-Ost. Nicht erst die Diskussion um Klimawandel, Immobilienkrise etc. sollte deutlich machen: die Stadt ist mehr als nur „Bauerwartungsland“ sondern vor allem auch ein lebendiger Organismus. Letzteres

ist durchaus wörtlich zu nehmen: schon jetzt kommen mehr Pflanzen- und Tierarten in einer Großstadt wie Berlin vor als auf leer geräumten Landwirtschaftsflächen im Umland. Fragen wie Klimaschutz und Erhalt der natürlichen Artenvielfalt müssen in einen neuen FNP einbezogen werden, um zu einer nachhaltigen Entwicklung der Stadt für das 21. Jahrhundert zu kommen. Aber nicht nur bezüglich der Stadtplanung im engeren Sinne bedarf es „neuen Denkens“. Man beachte: derzeit erhalten Bezirke wie Marzahn-Hellersdorf vom Senat für mehr Grünfläche weniger Geld; unter dem Aspekt des Klimaschutzes aber z.B. müssten große, zusammenhängende Grünzüge wie das Wuhletal eigentlich viel höher bewertet werden als nach bisherigen Pflegeklassen für öffentliches Grün; der tatsächliche Aufwand für Aufbau, Beobachtung und Erhalt von Biotopverbänden beispielsweise ist höher als der für Harken und „Beschnip-peln“ von Büschen in „gepflegten“ Parks.

Frank Beiersdorff

Für die Sicherung und Weiterentwicklung der sozialen Infrastruktur!

Die Fraktion der LINKEN in der BVV befasste sich in den letzten Tagen mit dem Stand der Entwicklung der Infrastruktur in den Siedlungsgebieten. Entsprechend dem kommunalen Wahlprogramm treten wir für eine behutsame Stadtentwicklung in unseren Siedlungsgebieten ein. So soll in den nächsten Monaten die Nahversorgung in den Siedlungsgebieten zur Verbesserung der Lebensqualität weiter verbessert werden. Dazu sollen in der Köpenicker Straße, in der Oberfeldstraße in Biesdorf-Nord und am S-Bahnhof Mahlsdorf weitere Handelszentren entstehen. Bei der Planung und Durchführung der Infrastrukturmaßnahmen sprechen wir uns für die Einbeziehung der Bürger und der vorhandenen Handelseinrichtungen aus. Die Entwicklung von Zentren und Handelsstandorten muss behutsam unter Berücksichtigung der Entwicklung der Ortsteile erfolgen.

Zur Verbesserung der Kita-Versorgung wird nach den Planungen des Bezirkes bis zum Jahre 2011 im Stadtteil Biesdorf „Am Grabensprung“ eine Kita mit 100 Plätzen entstehen. In Kaulsdorf wird bis zum Jahre 2012 ein Kitaneubau in der Ulmenstraße errichtet. Aus unserer Sicht sind ausgehend von der Bevölkerungsstruktur auch in Mahlsdorf weitere Kitaplätze notwendig. Hier fehlen schon heute ca. 200 Kitaplätze. Die Bildungspolitiker der Fraktion

setzen sich für die Entwicklung einer Gemeinschaftsschule im Ortsteil Biesdorf ein. Hier bietet die Diskussion über notwendige Schulstandorte die Möglichkeit, weitere Gemeinschaftsschulen im Bezirk zu entwickeln. Durch den gegenwärtigen Trend des abgeschwächten Bevölkerungsverlustes in den Großsiedlungen und den stabilen Bevölkerungszuwachs in den Siedlungsgebieten rücken die Fragen der räumlichen Unterschiede und die Entwicklungen der strukturellen Wohnbevölkerung stärker in den Mittelpunkt.

Dabei bleibt es unser Ziel, am Bedarf orientierte nachhaltige Angebote zur Entwicklung der sozialen Infrastruktur in den Siedlungsgebieten zu unterbreiten.

Klaus-Jürgen Dahler

Fraktionsvorsitzender der LINKEN

Bürgerversammlung Siedlungsgebiet Mahlsdorf- Nord

Wann: 20.1.2009 um 19 Uhr

Wo: Kirche Albrecht-Dürer-
Str. 35, 12623 Berlin

Themen:

- **Abwasserbeseitigungsplan:**
Uwe Doering
- **Wasserprobleme / Schichtenwasser:** Eberhard Roloff
- **Straßenausbaubeitragsgesetz:** Uwe Doering
- **Sonstiges und Anfragen:**
 - Schornsteinfeger
 - Modrowverträge
 - Bürgerhaushalt

Ihre Fragen wollen
beantworten:

Carl Wechselberg (MdA)
Uwe Doering (MdA)
Klaus-Jürgen Dahler (BVV)

Moderation:
Regina Kittler (BVV)

**Eine Veranstaltung unter
Schirmherrschaft der Fraktion
DIE LINKE in der Bezirks-
verordnetenversammlung
Marzahn-Hellersdorf von
Berlin**

DIE LINKE.

DIE LINKE stimmt BKA-Gesetz nicht zu

Die innenpolitische Sprecherin Marion Seelig und der rechtspolitische Sprecher Klaus Lederer erklären:

Es ist gut, dass das BKA-Gesetz heute (28.11.) im Bundesrat gescheitert ist.

Nachbesserungen im Vermittlungsverfahren, wie sie die SPD z.B. beim Zeugnisverweigerungsrecht fordert, sind möglich. Sie ändern jedoch nichts daran, dass mit dem BKA-Gesetz Bürgerrechte weiter eingeschränkt werden und der Schnüffelei von Staatswegen Vorschub geleistet wird. Beschneidungen der Privatsphäre durch Online-Durchsuchungen halten wir auch mit richterlicher Anordnung für unangemessen.

Die Fraktion DIE LINKE bleibt dabei: Für den massiven Eingriff in die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger kann es kein Verständnis geben. Das Land Berlin wird deshalb dem BKA-Gesetz nicht zustimmen.

Weiden in der Bruno-Baum-Straße

In der Bruno-Baum-Straße, in Höhe der Bushaltestelle Hänflingsteig, steht eine Weide. Sie ist die letzte von ursprünglich mehreren Weiden, die zur Erinnerung an vier Jungen 1948 gepflanzt wurden, die am 29. April 1945 beim Spielen in der vormaligen Kleingartenanlage „Neuland Ost“ durch eine nicht erkannte Mine getötet worden waren.

Die Fläche, auf der die alte Weide steht, gehört nicht mehr dem Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf. Auf ihr stand bis zum Abriss das nach der Weide benannte 4. Gymnasium.

Gemeinsam mit dem Natur- und Umweltamt wurde deshalb eine Ersatzfläche für die Nachpflanzung der „Erinnerungs-Weiden“ gefunden.

An der Ecke Poelchaustraße/Murtzener Ring wurden am 19. November drei von Baumpaten der BUND-Aktion „Berliner Baumzauber“ gespendete Weiden gepflanzt.

Zusammen mit der sich in unmittelbarer Nachbarschaft am Parkplatz Poelchaustraße befindlichen Weide ist somit wieder ein Ensemble entstanden, das auch weiterhin an das tragische Ereignis im April 1945 erinnern kann.

Die Initiative für die Ersatzpflanzung geht zurück auf die Mitglieder der vormaligen Bürgerinitiative „An der Feuerwache“ und Anwohnerinnen und Anwohner, insbesondere aber ist das Zustandekommen der Pflanzung dem Engagement von Frau Dalhus - der damaligen Leiterin der Bürgerinitiative - zu verdanken.
(Pressemitteilung des Bezirksamtes Marzahn-Hellersdorf)

Gewählt zum 2. Landesparteitag

Landesparteitagsdelegierte aus Marzahn-Hellersdorf, gewählt auf der Hauptversammlung am 19. Oktober 2008:

- Leonore Held
- Gabriele Hiller
- Ruth Juhl
- Regina Kittler
- Torsten Kläring
- Petra Kämpfer
- Bodo Lützenberg
- Wilfried Maier
- Hassan Metwally
- Erika Preußer
- Dagmar Pohle
- Eberhard Roloff
- Bjoern Tielebein
- Renate Schilling
- Norbert Seichter
- Carl Wechselberg

Ersatzdelegierte:

- Gesine Franke
- Kurt Schmidt
- Ute Thomas
- Heide-Lore Wagner

Liebe Genossinnen und Genossen,

wie Ihr wisst, haben wir den Landesparteitag am 6. Dezember erst zu 14.00 Uhr einberufen. Grund war und ist die jährliche Gegendemo gegen einen Aufmarsch von Neo-Nazis, der in den vergangenen Jahren immer in Trep-tow-Köpenick oder Neukölln stattfand. In diesem Jahr findet er in Lichtenberg statt.

Dort hat sich bereits ein breites Bündnis gebildet und bereitet eine Vielzahl von Aktionen vor. Momentan sieht alles danach aus, als wenn die Nazis gegen 11.00 Uhr am S-Bahnhof Karlshorst loslaufen wollen.

Deshalb hat das Bezirksamt ab 9.00 Uhr eine Aktion im Kulturhaus Karlshorst geplant. Es besteht so die Möglichkeit die Treskow-Allee zu blockieren und sich zwischendurch im Kulturhaus aufzuwärmen.

Wir rufen alle Delegierten auf, um 9.30 Uhr am 06. Dezember am Kulturhaus Karlshorst zu sein. Bitte bringt Freundinnen und Freunde mit. Wir wollen viele sein. Das Bündnis hat weitere Aktionen geplant. Unter anderem eine Kundgebung an den Stelen am Tierpark und eine Blockade der Weitlingstraße. Sobald wir mehr wissen, werden wir Euch darüber informieren.

Bitte informiert so viele Genossinnen und Genossen als möglich.

Treff: 6.12., 9.30 Uhr, Kulturhaus Karlshorst (direkt am S-Bahnhof Karlshorst).

Carsten Schatz

Landesgeschäftsführer DIE LINKE. Berlin

Hessen-Wahl: Mitmachen, gemeinsam weiter Druck machen!

Der Kampf gegen die unsoziale Koch-Regierung in Hessen geht in die nächste Runde. Nachdem die Ablösung von Roland Koch als Ministerpräsident an der SPD-Rechten um Jürgen Walter vorläufig gescheitert ist, müssen die Wählerinnen und Wähler am 18. Januar 2009 darüber entscheiden, wie es in Hessen weiter gehen soll. Als einzige zuverlässige Kraft für einen Politikwechsel für mehr soziale Gerechtigkeit und gegen weitere Privatisierungen verbleibt DIE LINKE. Das betonten Janine Wissler und Ulrich Wilken in ihren Reden zur Auflösung des hessischen Landtags. Denn schon jetzt erklären SPD und Grüne, dass auch sie für eine Koalition mit der hessischen CDU bereit stehen.

Die gesamte Partei wird daher jetzt die hessischen Genossinnen und Genossen im Wahlkampf unterstützen. Alle Mitglieder und Sympathisanten, die dabei mithelfen können und wollen, sind herzlich eingeladen. Nähere Informationen bekommt Ihr/bekommen Sie bei den Kreis- oder Landesgeschäftsstellen der LINKEN:

Aufruf

Liebe Berliner Genossinnen und Genossen, das Bundeswahlbüro hat Ende November beschlossen, den hessischen GenossInnen im vorgezogenen Wahlkampf zu helfen. Der geschäftsführende Landesvorstand hat sich dem angeschlossen.

Angepeilt sind die Wochenenden:

13./14. Dezember 2008

20./21. Dezember 2008

und 16./17. Januar (Freitag/Samstag) 2009.

Gefragt sind Teams in Autos (also auch gleich mitfragen, wer ein Auto hat und weitere HelferInnen mitnehmen kann).

Danke und beste Grüße

Carsten Schatz

Landesgeschäftsführer

Neuer Treff für Projektinteressierte

Am 31. Oktober 2008 gründeten mehrere Genossinnen und Genossen sowie Sympathisanten in Anlehnung an frühere Hellersdorfer Erfahrungen die BO Xtern. Diese neue Basisorganisation versteht sich nicht als Konkurrenz zu den bisherigen, sondern als projektbezogene BO und ist ein generationsübergreifender Treff für Mitglieder und Sympathisanten der LINKEN, die am Mitmachen interessiert sind.

Gleichzeitig will sie Anlaufstelle für neue und „heimatlose“ (keine BO-Zugehörigkeit) Genossinnen und Genossen sein. BO Xtern zum Informieren, Diskutieren, Einmischen, als Mittler zu anderen Organisationen, Katalysator - Interesse? Der nächste Treff ist am 12. Dezember, 18.00 Uhr im „Roten Baum“, Stendaler Straße 43, gegenüber der Geschäftsstelle der LINKEN in der Henny-Porten-Straße.

Sabine Behrens

Ausstellung zerstört: Absurder SchülerInnenstreik

Zur zeitweiligen Besetzung der Humboldt-Universität am Rande des SchülerInnenstreiks am 12. November 2008 erklärt Benjamin Krüger, Bundessprecher des BAK Shalom der Linksjugend [solid]:

Wir unterstützen die Schülerinnen und Schüler in ihren Forderungen nach einem gerechteren Bildungssystem, nach einer Schule für alle und einer besseren Ausstattung der Schulen im Sinne kreativer Lernorte ohne Elite-Wahn und Leistungsdruck.

Mit völligem Unverständnis und tiefer Empörung mussten wir aber zur Kenntnis nehmen, dass am Rande einer Besetzungsjugendaktion der Humboldt-Universität einige DemonstrantInnen eine Ausstellung zu jüdischen Unter-

nehmen in der NS-Zeit mutwillig zerstörten. Dies ist auch mit jugendlichem Übermut nicht zu rechtfertigen. Wenige Tage nach dem 70. Jahrestag der „Reichspogromnacht“ erscheint dieser Vorfall geradezu verhöhrend gegenüber der Ernsthaftigkeit des Themas und den Opfern des NS-Regimes. Im besten Fall haben hier die notwendige Sensibilität und das historische Bewusstsein gefehlt, jedoch erscheint dies fast undenkbar, haben doch MitarbeiterInnen der Universität versucht einzugreifen. Wenn ein blinder Aktionismus zu solchen Konsequenzen führt, ist dies mehr als bedenklich.

Wir distanzieren uns entschieden von TeilnehmerInnen, die durch ihr Verhalten dem eigentlichen Anliegen der Demonstration nicht nur

geschadet, sondern durch die Zerstörung der Ausstellung und nicht zuletzt von Einrichtungsgegenständen der Universität die richtige Forderung nach einer Verbesserung des Bildungssystems ab absurdum geführt haben.

Es ist ebenfalls erschreckend, dass die übri- gen DemonstrantInnen nicht eingeschrit- ten sind, ist doch ein zentrales Anliegen der Demo, dass SchülerInnen sich selbst enga- gieren und für ihre Interessen eintreten. Es ist nicht nachvollziehbar, wie eine derartige Ausstellung ohne massive Gegenproteste von umherstehenden SchülerInnen zerrissen und zerstört werden konnte. Die Passivität oder Gleichgültigkeit der TeilnehmerInnen verur- teilen wir aufs Schärfste.

Benjamin Krüger

Kindergärten und Sekt

Es gibt allen Grund zu feiern! In einer Sit- zung des Jugendhilfeausschusses im Jahr 2007 erläuterte das Bezirksamt, dass ein Anstieg des Platzbedarfs in den Kinder- gärten unseres Bezirks zu verzeichnen sei. Ich kündigte damals an, sollten wir in die Situation kommen, eine Kindertagesstätte neu eröffnen zu müssen, würde ich eine Flasche Sekt (na- türlich Rotkäppchen) im Jugendhilfeausschuss spendieren. Inzwischen ist aus dem geringen Anstieg ein Hügel geworden und mein voreil- liges Versprechen wird nun eingelöst.

Nach dem Anschluss der DDR an den Gel- tungsbereich des Grundgesetzes im Jahr 1990 hat unser Bezirk einen radikalen städ- tebaulichen und gesellschaftlichen Wandel vollzogen. Stiegen in Marzahn und Hellersdorf der DDR der Zuzug und die Geburtenrate stetig an, mussten nach der Wende Kindergärten und Schulen geschlossen und zum Großteil abgerissen werden. Ein Teil der Gebäude konnte für sozio-kulturelle Projekte umgenutzt und umgebaut werden.

Das Gesicht unseres Bezirks hat sich mas- siv verändert. Das Durchschnittsalter ist en- orm gestiegen, viele junge Menschen haben Marzahn-Hellersdorf verlassen und das Sied- lungsgebiet ist für viele Familien zum neuen Zuhause geworden, während die Großsiedlung an EinwohnerInnen stark verloren hat. Die so- ziale Situation im Norden des Bezirks hat sich kontinuierlich verschlechtert, wohingegen der Süden seine Position durch den Bevölkerungs- anstieg ausbauen konnte.

Vor diesem Hintergrund stehen wir heute im zu Ende gehenden Jahr 2008 wiederum vor großen Veränderungen. Der Anstieg der Geburtenrate in der Großsiedlung lässt sich nicht allein auf die soziale Lage vieler Men- schen dort zurückführen. Auch die verstärkte Integrationsarbeit für und mit Menschen mit Migrationshintergrund trägt ihren Anteil bei, indem immer mehr Menschen aus allen Teilen der Welt in unserem Bezirk ihr Zuhause gefun- den haben.

Wir brauchen neue Kindergärten – das ist die Botschaft, die sich mit diesen Entwicklungen verbindet. Allein in Marzahn-Nord/West wer- den bis 2011 bis zu 150 Plätze zusätzlich benötigt. Das chronisch unterversorgte Sied- lungsgebiet ist noch weiter vom tatsächlichen Bedarf entfernt.

Die Kapazitäten der bestehende Einrichtungen können zwar noch ausgebaut werden, stoßen jedoch jetzt schon zum Teil an ihre Grenzen. Konkret gesagt werden wir nicht darum he- rum kommen, neue Kindergärten in vorhan- denen Häusern zu eröffnen und/oder ggf. neu zu bauen. Angesichts dieser Tatsache, macht der massive Abriss von KITA-Gebäuden in der Vergangenheit sehr nachdenklich. Neubauten und/oder -eröffnungen in bestehenden Ge- bäuden des Bezirksamtes sind derzeit in Mahlsdorf, Biesdorf, Marzahn-Nord/West und Hellersdorf-Süd geplant.

Der Bezirk wird wiederum sein Gesicht verän- dern und dieses zu gestalten ist die Aufgabe



aller VerantwortungsträgerInnen im Bezirk. Die bestehende Infrastruktur muss sich die- sen Herausforderungen stellen. Nicht mehr genutzte Gebäude des Bezirksamtes müssen dringend auf ihre Nutzbarkeit für Kindergär- ten überprüft werden, bevor weitere Abrisse anstehen. Grundsatz LINKER Kinder- und Ju- gendpolitik hierbei bleibt, dass KITAs für deren NutzerInnen auf kurzen Wegen erreichbar sein müssen. Dies ist ein besonderer Wettbewerbs- vorteil unseres Bezirks für Eltern und Kinder.

Trotz der schwierigen Aufgabe, diesen Wandel zu gestalten, sollten wir feiern und uns freuen, dass das von zumeist Nicht-Marzahn-Hel- lersdorferInnen lang prophezeite Aussterben der Großsiedlung sich in den Geburtenzahlen nicht bestätigt und unser Bezirk auch im Nor- den eine Heimat für Kinder und Jugendliche bleiben wird.

Bjoern Tielebein

Veranstaltungen

» **6.12. ab 14 Uhr und 7.12. ab 10 Uhr**, Max-Taut-Aula, Fischerstraße 36, Ecke Schlichtallee, 10317 Berlin, 1. Tagung des **2. Landesparteitages** der LINKEN. Berlin u.a. mit Wahl des Landesvorstandes, der Landesschieds- und Landesfinanzrevisionskommission

» **9.12. 19 Uhr**, KulturGut, Alt-Marzahn 23, 12685 Berlin, **Diskussionsabend** zum Thema: „Lateinamerika im Aufbruch“. Der lateinamerikanische Kontinent vom Rio Grande del Norte (Mexiko) bis Feuerland (Argentinien) ist durch die politische Entwicklung der letzten Jahre stärker in den Blickpunkt der Öffentlichkeit gerückt. Starke emanzipatorische Bewegungen haben auf demokratischen Wege Mitte-Linksregierungen erkämpft. Lateinamerika wandelt sich vom Hinterhof der USA zu einem selbstbewussten Akteur auf der internationalen Bühne. Referent: Joachim Wahl, Moderation: Dr. Wolfgang Girnus; eine Veranstaltung des Marzahner Gesellschaftspolitischen Forums im Verein Helle Panke e.V., Eintritt: 1,50 Euro

» **7.12., 10.30 Uhr**, Peter-Weiss-Bibliothek, Hellersdorfer Promenade 24 (U-Bhf. Hellersdorf), **Monika Melchert stellt ihr neues Buch vor:** „Mit Kafka im Café. Die schönsten Szenen bei Anna Seghers“, Eintritt 3 Euro / 2 Euro

Die Redaktion von „Marzahn-Hellersdorf links“ wünscht allen Leserinnen und Lesern ein angenehmes Weihnachtsfest und ein gutes Jahr 2009.

Hinten links

Gummiknüppel zum Nikolaus ...

... werden die Berliner Polizisten zücken, wenn sie die genehmigte Nazidemonstration am 6. Dezember in Karlshorst begleiten.

Laut Verfassungsschutzberichten für 2007 zählen NPD, DVU und freie Kameradschaften in ganz Berlin und Brandenburg zusammen etwas mehr als tausend Mitglieder.

Wie groß die Mobilisierungsfähigkeit der Rechten ist, zeigen ihre Aktionen.

Frage

Wann werden DIE LINKE und mit ihr die zahlreichen anderen Linken die uralte Stärke der Solidarität wieder entdecken, um sich am Nikolaustag (und künftig) gegen Rechtsextremismus zu mobilisieren ...?

R. Rüdiger

Bezirksvorstand

» **9.12.2008, 13.1. und 27.1.2009** jeweils 19.30 Uhr, Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, Beratungen des Bezirksvorstandes

Basisgruppensprecher-Beratungen

- erst wieder im Februar 2009 -

- » **4.2.**, 18 Uhr (BO Wahlkreis 4) Schloss Biesdorf, Alt-Biesdorf 55
- » **4.2.**, 19.30 Uhr (BO Wahlkreise 1, 2, 3) Alt-Marzahn 64
- » **5.2.**, 19 Uhr (BO Springpfuhl) Bürgerhaus, Marchwitzastr. 24/26
- » **5.2.**, 19.30 Uhr (BO Wahlkreise 5 - 7) Henny-Porten-Str. 10-12

IG / Freundeskreis

- » **11.12., 15 Uhr**, Klubkeller, Alt-Marzahn 64, **IG SeniorInnen**
- » **27.1., 18 Uhr**, Linker Treff, Henny-Porten-Str. 10-12, **Freundeskreis Cuba**

BO Xtern

- » 12.12., 18 Uhr im „Roten Baum“, Stendaler Straße 43, 12627 Berlin

VertreterInnenversammlung

- » **14.1., 19 Uhr**, Kulturforum Hellersdorf, Carola-Neher-Straße 1, 12619 Berlin, Nominierung der/des Direktkandidatin/Direktkandidaten der LINKEN für den Wahlkreis Marzahn-Hellersdorf in Vorbereitung der Bundestagswahl 2009

BVV-Fraktion

- » **Sprechstunde der Fraktion DIE LINKE** im früheren Marzahner Rathaus, Helene-Weigel-Platz 8 (Raum 312), 12681 Berlin: mittwochs 14 - 18 Uhr, Telefon 54431890

Sprechstunden

- » **3.12., 14 Uhr, Bärbel Holzheuer-Rothensteiner (MdA)**, Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin
- » **9.12., 18 - 19.30 Uhr, Wolfgang Brauer (MdA), Petra Wermke (BVV-Vorsteherin)**, Bürgerzentrum Marzahn-Nordwest (Atrium des Havemann-Centers), Wörlitzer Straße 3 A, 12689 Berlin
- » **10.12., 10 - 12 Uhr, Petra Pau (MdB)**, Wahlkreisbüro Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, Anmeldung unter Telefon 99289380
- » **15.12., 16 - 17 Uhr, Dr. Margrit Barth (MdA)**, Kulturzentrum M-Ost, Mehrower Allee 28-30 (Ringkolonnaden), 12687 Berlin, telefonische Anmeldung unter 23252536
- » **15.12., 18 - 19 Uhr, Dr. Gabriele Hiller (MdA)**, Kino „Kiste“, Heidenauer Straße 10, 12627 Berlin
- » **jeden Donnerstag, 10 - 13 Uhr**, Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, **Klaus-Jürgen Dahler, BVV-Fraktionsvorsitzender der LINKEN**, für soziale Akteure und Hilfe für Arbeitslose

Geschäftsstelle und Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12
(fon: 54 12 130/9953508 - fax: 9990 1561)

Offen:

Montag	13 - 17 Uhr
Dienstag	9 - 17 Uhr
Donnerstag	9 - 19 Uhr
Freitag	9 - 15 Uhr

Geschlossen: 23.12.2008 - 4.1.2009

Impressum **Marzahn-Hellersdorf links**

Herausgeber: DIE LINKE. Berlin. V.i.S.d.P.: Yvette Rami. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion wieder. Veröffentlichungen unter „Post an uns“ (Leserzuschriften) sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Die Redaktion behält sich das Recht Sinn wahrender Kürzungen von Beiträgen vor.

Layout: Yvette Rami

Anschrift der Redaktion: Henny-Porten-Str. 10-12, 12627 Berlin, fon: 54 12 130/9953508, fax: 9990 1561.

Internet: www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de

E-Mail: bezirk@dielinke-marzahn-hellersdorf.de

Redaktionsschluss: 1.12.2008. Auslieferung ab: 3.12.2008. **Druck:** Eigendruck. „**Marzahn-Hellersdorf links**“ wird aus Spenden seiner Leserinnen und Leser finanziert. Empfehlung: 25 Euro-Cent. Die nächsten Ausgaben erscheinen am 15.1. und 5.2.2009.